

front-Experiments – lange vor der nationalsozialistisch-kommunistischen Allianz bereits klar genug abgesteckt, und Bartel selbst bringt hierfür zahlreiche handfeste Belege bei. Der Punkt ist nicht ohne Bedeutung: Wie ernst konnte es der französischen Diplomatie tatsächlich mit dem Plan eines britisch-französisch-sowjetischen Abkommens gegen Hitler sein, wenn – was Bartel nicht in Abrede stellt – der gesellschaftspolitische Rechtsruck in Frankreich nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis zu Moskau blieb und wenn – so seine Gegenthese – die antisozialistischen und rechtskonservativen politischen Gruppierungen in Frankreich vor dem Sommer 1939 die innenpolitische Szene beherrschten?

Daran knüpft sich die Frage, ob nicht der französisch-sowjetische Pakt von 1935, länger als Bartel anzunehmen bereit ist, aus der Sicht des Quai d'Orsay primär ein Instrument blieb, mit dessen Hilfe ein Ausgleich mit dem Dritten Reich bewerkstelligt werden sollte. Daß die französische Variante des „appeasement“ in der Tat länger als bisher vermutet eine eher alternativlose Strategie darstellte, dafür liefert Bartel selbst mit einer Analyse der militärischen Verhandlungen in Moskau im Sommer 1939 manchen Anhaltspunkt. Vor diesem Hintergrund leuchtet es dann aber nicht so recht ein, weshalb im Blick auf die Außenpolitik Moskaus so sehr die „Doppelstrategie“ des Kreml hervorgehoben wird: Die Bereitschaft zu einem Arrangement mit dem Dritten Reich ist nun wirklich kein „Sündenfall“, den man in der Zeit allein der Sowjetunion anlasten könnte.

Diese Fragen – und das sei abschließend noch einmal ausdrücklich betont – dürfen nicht übersehen lassen, daß wir es im vorliegenden Fall mit einer überdurchschnittlichen Untersuchung zu tun haben, die die Forschung in mehr als einer Hinsicht entscheidend vorangebracht hat.

München

Peter Heumos

Dubský, Vladimír: Závodní výbory a rady v předmnichovském Československu [Die Betriebsausschüsse und -räte in der Vor-Münchener Tschechoslowakei].

Práce, Prag 1984, 293 S.

Der (nicht auf dem Titelblatt angeführte) Untertitel der Darstellung „K historii bojů KSČ a Rudých odborů za jednotnou frontu dělnictva“ [Zur Geschichte der Kämpfe der KPTsch und der Roten Gewerkschaften für die Einheitsfront der Arbeiterschaft] trifft ihr Thema genauer: Die Geschichte der Betriebsausschüsse und -räte in der Tschechoslowakei zwischen 1918 und 1938 konzentriert sich auf die in je verschiedenen gesamtpolitischen Zusammenhängen unternommenen Versuche der KPTsch, über die betriebliche Mitbestimmung der Arbeiterschaft und die Gewerkschaften das industrielle Proletariat unter der Fahne der Einheitsfront zu integrieren. Die Kette dieser insgesamt wenig erfolgreichen Initiativen wird durch das – politisch sicher schwerwiegendste – Scheitern der antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik der KPTsch nach 1933 beschlossen.

Der Autor hat sich des Themas schon öfter und – wie mir scheint – in früheren Untersuchungen mit größerem Erfolg angenommen. Es ist ihm allerdings darin zu-

zustimmen, daß die Entwicklung der betrieblichen Vertretungsorgane der Arbeiter in der Tschechoslowakei zwischen Staatsgründung und Münchener Abkommen deren weitgehend defensive Situation wie andererseits die kaum eingeschränkte betriebliche Dispositionsgewalt der Unternehmer überdeutlich macht. Diese Erkenntnis ist zwar weder überraschend noch neu und läßt sich schon aus den zeitgenössischen Streikstatistiken herauslesen. Im Blick auf die langfristige Entwicklung der politischen Verhaltensweisen der Arbeiterschaft über die Erste Tschechoslowakische Republik hinaus kann sie indessen nicht genug herausgestellt werden. Das von Dubský überreichlich belegte Ausmaß des Widerstandes großer Teile der Arbeiterschaft und der Führungen der nichtkommunistischen Gewerkschaften (und politischen Parteien) gegen die Einheitspolitik mit den Kommunisten gibt einen Begriff davon, wie tief die Zäsur der Jahre 1938/39 auch in bezug auf die politischen Verhaltensweisen der Arbeiterschaft tatsächlich war: Die organisatorischen „Vereinfachungen“ des intermediären Systems der Zweiten Republik schufen die Voraussetzungen für die Entstehung der Einheitsgewerkschaft im Protektorat Böhmen und Mähren, die nach 1945 nahezu bruchlos und nur „von oben“ progressiv umgemünzt in den kommunistisch dominierten organisatorischen Koloß der Einheitsgewerkschaft übergang – ein Vorgang, der auf fundamentale Veränderungen des Organisationsverhaltens und der politischen Sozialisation der Arbeiterschaft schließen läßt.

Auch wenn diese übergreifende Perspektive nicht unter das Thema des Buches fällt, scheinen dessen Mängel doch gerade darin zu bestehen, daß es keinen Versuch unternimmt, den auf betrieblicher Ebene organisierten industriellen Konflikt in größere politisch soziale Zusammenhänge einzubetten. Dazu gehört auch und zunächst, daß sich der Leser kein Gesamtbild von der zahlenmäßigen Stärke der kommunistischen und nichtkommunistischen Gewerkschaften in den betrieblichen Vertretungsorganen machen kann, da die im Anhang veröffentlichten Tabellen über die Wahlergebnisse zu den Betriebsräten bzw. -ausschüssen nur die der Bergarbeiter, der Eisenbahner und einige ausgewählte Betriebe in der Metallindustrie erfassen. Auch die parteipolitischen Machtverhältnisse im betrieblichen Bereich bleiben daher im dunkeln, da die Gewerkschaften in der Regel nichts anderes darstellten als organisatorische Anhangsgebilde der politischen Parteien.

Es ist im Grunde wenig informativ, wenn der Verfasser Gegner und Anhänger der Einheitspolitik nahezu ausschließlich unter dem Titel „reaktionär“ bzw. „fortschrittlich“ konfrontiert und klassifiziert. Um von diesem plakativen Begriffspaar herunterzukommen, müßte Dubský einräumen, daß die dominierende Form der Wahrnehmung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit weitgehend davon abhängt, wie dieser Konflikt organisiert ist, da die spezifische Institutionalisierung des industriellen Konflikts diesen tendenziell verändert, indem sie bestimmte Konflikaspekte gegenüber anderen hervorhebt und strukturdominant macht. Das Beispiel der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit ist hierfür sehr aufschlußreich.

Während Dubský einerseits zeigt, daß für eine komplexe Institutionalisierung der sozialen Auseinandersetzungen im industriellen Bereich in der Ersten Republik auf der Seite der gewerkschaftlichen Organisation denkbar ungünstige Voraussetzungen bestanden, da das gesamte Gewerkschaftssystem auf hochspezialisierten, zudem ethnisch, politisch, konfessionell und soziokulturell stark fragmentierten Betriebs-

und Berufsgewerkschaften beruhte, will er nicht sehen, daß eine umfassende Interessenformierung und -implementierung auf der unteren Organisationsebene des Betriebes von vornherein wenig Erfolgsaussichten hatte. Die Entwicklung des Tarifwesens – 1933 galt ein Kollektivvertrag in der Tschechoslowakei durchschnittlich für 15 Betriebe – läßt erkennen, daß eine betriebszentrische Lösung des industriellen Konflikts nur zu partikularistischen Einzelfallregelungen führte – mit entsprechenden Folgen für die soziale und politische „Einheit der Arbeiterklasse“. Auch die ephemeren Versuche, die Interessen der Arbeiterschaft über gesamtstaatliche Betriebsrätekonferenzen zu aggregieren und ihnen damit größeres Gewicht zu verleihen (S. 59ff.), deuten an, daß die Betriebsebene nicht den optimalen Ausgangspunkt für die Mobilisierung der Arbeiterschaft bilden konnte.

Die wichtigsten strukturellen Gründe hierfür bleiben außerhalb der Betrachtung Dubskýs. Zu diesen gehören u. a. die sozialfriedliche Vermittlung des industriellen Konflikts durch Gewinnbeteiligung und Kleinaktionärsbesitz der Arbeiter (vor allem in Großbetrieben), die vielfältigen Formen eines „sekundären“ Patriarchalismus der Unternehmer, verbunden mit einer extensiven Anwendung des Subsistenzsicherungsprinzips, das die Einsicht in den ökonomischen Charakter des Lohnes versperrte, schließlich das soziale Substrat der Arbeiter selbst, von denen Hunderttausende – dies gilt auch für Großunternehmen wie Škoda oder die Brünnener Waffenwerke [Zbrojovka] – zum Typus des *kovorolník* (Industriebauer) zählten, für den – unter den Bedingungen agrarisch-industrieller Mischökonomie – Lohn in Geldform nur eine Variante der Existenzsicherung darstellte, der sich daher auch die gesellschaftliche Realität des industriellen Kapitalismus nur „auf Distanz“ aneignete. Diese Momente müssen zudem vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die gewerkschaftlichen und politischen Führungsgruppen in der Ersten Republik im Blick auf die antizipierte oder real vorhandene starke innere und äußere Belastung des Staates teils bewußt eine Strategie der Nichtzusammenfassung des industriellen Konflikts betrieben haben, wie sich – neben dem Tarifwesen – vor allem an der Entwicklung des Streiks zeigen ließe. Dadurch wurde der „Problemdruck“ dieses Konflikts auf die Betriebsebene bzw. den Einzelbetrieb gelenkt, der unter diesen Voraussetzungen in der Tat nicht zur geeigneten Einbruchsstelle für eine breite Interessenformierung der Arbeiterschaft werden konnte.

Neben den genannten sozialstrukturellen gibt es politisch-kulturelle Bedingungen, die der Integration der Arbeiterschaft – und in der Konsequenz – auch der geforderten Einheitspolitik im Wege standen. Hier ist daran zu denken, daß die für die politischen Parteien der Ersten Republik typische Konfliktregelungsnorm des Proporz bis auf die Betriebsebene durchschlug¹, die „Encadrierung“ der Parteimitglieder und die „Versäulung“ der gesellschaftlich-politischen Makrostruktur im Betrieb ihre Fortsetzung fand. Auch dieses desintegrierende Moment kann indessen nicht einfach unter klassenkämpferischem Aspekt („reaktionär“ vs. „progressiv“) abgehandelt werden, da Proporzsysteme weit mehr einbegreifen: Gerade in der Tschechoslowakei ging die

¹ So wurden beispielsweise in den Brünnener Waffenwerken Arbeiter häufig nach dem politischen „Schlüssel“ eingestellt, der für die gerade herrschende Regierungskoalition galt.

politische Logik des Proporz in erster Linie aus der Notwendigkeit der Stabilisierung der gesamten Republik hervor.

München

Peter Heumos

Werner, Kurt: Geboren in Aussig an der Elbe.

Pyromis-Verlag, Aschbach 1985, 240 S.

Der Titel samt dem Buchdeckel mit dem Landkartenausschnitt von Nord- und Nordwestböhmen läßt an einen beschreibenden Inhalt denken. Von den ersten Kapiteln („Quellgrund Aussig“ und „Prödlitz – eine verklärte Kindheit“) abgesehen, ist das Buch aber alles andere als ein Heimatbuch. Vielmehr ist es der Bericht eines aufgeschlossenen, vielseitig belesebenen Mannes über seine langjährigen Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus, die ihn – aus einem sozialdemokratischen Elternhaus stammend – Schritt für Schritt zu einem freiheitlich konservativen christlicher Prägung geformt haben.

Werner hat zwar die Politik der Deutschen Sozialdemokraten (DSAP) in der ČSR nicht selbst verfolgen können, weil er damals noch zu jung war. Da aber schon als Schüler im Arbeiter-Turn- und Sportverein (ATUS) aktiv, trat er 1938 mit 18 Jahren überzeugt in die DSAP ein. Dank gründlicher Information ist er in der Lage, in drei Kapiteln („Tragik der geteilten Volksgruppe“, „Sudetenkrise“, „Wien – eine Wegbesinnung“) sehr zutreffend und interessant die Tätigkeit dieser Partei und auch die allgemeine Entwicklung der sudetendeutschen Volksgruppe mit ihren vielen Problemen zwischen den beiden Kriegen darzustellen.

Im Krieg zuerst auf dem Balkan und dann die längste Zeit in Rußland – als Nachrichtensoldat und Dolmetscher für Russisch –, konnte er das von deutscher Seite angerichtete Unheil und die schließlich darauf folgenden Rückschläge bis zum Zusammenbruch aus verschiedensten Perspektiven selbst beobachten. Hieraus schöpft er die höchst aufschlußreichen Kapitel „Phänomen Rußland“ mit Einblicken in bisher wenig bekannte, aber entscheidende Faktoren für die russische Geschichte und „Der Krieg und die nationalen Minderheiten“ mit Blick auf die Ursachen und Wirkungen.

Nach heimlicher Rückkehr in die Heimat im Sommer 1945 konnte er als Antifaschist die Vertreibungsereignisse selbst beobachten. 1946 ging er zunächst nach München (Sudetendeutsche Hilfsstelle), bald aber nach Hessen, wohin zahlreiche Bahntransporte mit Vertriebenen aus den Kreisen Aussig, Tetschen-Bodenbach und Teplitz geleitet wurden. Er war in Wiesbaden im hessischen Staatsdienst und traf 1951 mit Wenzel Jaksch zusammen, dem er „Wegbegleiter“ – wie er es nennt – bis zu dessen Unfalltod 1967 war. Er wurde auch Bundes-Vorstandsmitglied der Seligergemeinde, arbeitete für die Zeitung „Die Brücke“ (beides bis 1970), war 1974 Mitbegründer des Wenzel-Jaksch-Kreises und ist bis heute Mitarbeiter von dessen Organ „Sudeten-Bote“, hrsg. von der Westkanadischen Arbeitsgemeinschaft der Sudetendeutschen.

Aufgrund der engen Kontakte mit Jaksch und seinen Gesinnungsfreunden Richard Reitzner und Ernst Paul kann uns Werner auch einige neue Aufschlüsse über die